

Antrag

der Abgeordneten Stefan Gelbhaar, Daniela Wagner, Christian Kühn (Tübingen), Renate Künast, Lisa Paus, Cem Özdemir, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), Lisa Badum, Harald Ebner, Dr. Bettina Hoffmann, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Steffi Lemke, Dr. Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Zukunft von Berlin TXL – The Urban Tech Republic

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Konsensbeschluss haben der Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg in ihrer Funktion als Gesellschafter der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) 1996 die Schließung des Flughafen Tegel sechs Monate nach der Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg BER beschlossen. Im Anschluss begannen im Jahr 2008 die Planungen zur Nachnutzung des Flughafens Tegel. Partnerin des Landes Berlin ist auf Bundesebene die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), mit der eine Kooperationsvereinbarung geschlossen wurde. Darin verpflichtete sie sich, die bundeseigenen Flächen am Flughafen Tegel im Sinne des gemeinsamen Standortprofils zu entwickeln und zu verwalten. Als „Ko“-Eigentümerin hat sie sich von Beginn an intensiv an den Planungen und ersten Umsetzungsschritten beteiligt (vgl. www.stadtentwicklung.berlin.de/download/tegel_masterplan/130429_AnlageSenatsvorlage.pdf, S. 6). Das Ergebnis ist der Masterplan Berlin TXL. In diesem wurden in mehreren Phasen die Grundlagen für die Realisierung des Forschungs- und Industrieparks für urbane Technologien, „Berlin TXL – The Urban Tech Republic“, erarbeitet. 2011 stimmte das Berliner Abgeordnetenhaus den neuen Zielen des Flächennutzungsplans und Landschaftsprogramms zu.

Der zukünftige Forschungs- und Industriepark soll helfen, Technologien zu entwickeln, die im städtischen Leben immer wichtiger werden, da in Zukunft weltweit immer mehr Menschen in urbanen Räumen leben werden. Dies stellt neue Anforderungen an Themen wie Wohnen, Infrastruktur und Kommunikation. Die Urban Tech Republic soll Antworten finden auf das Leben in Metropolen im 21. Jahrhundert und sich am Standort Tegel mit dem effizienten Einsatz von Energie, nachhaltigem Bauen, umweltschonender Mobilität, Recycling, vernetzter Steuerung von Systemen, sauberem Wasser und dem Einsatz neuer Materialien beschäftigen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse sollen national und international für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland einen bedeutenden Beitrag leisten. Auf dem insgesamt 460 Hektar großen

Areal wird ein dichtes Netzwerk aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Industrie entstehen. In das markante Terminal A wird die Beuth Hochschule für Technik Berlin mit ihrem Fachbereich für „Urban Technologies“ einziehen. Rund um das Terminal A werden Quartiere entstehen, in denen weitere Forschungs- bzw. forschungsnahen Einrichtungen sowie kleine, mittlere und große Gewerbe- und Industriebetriebe sesshaft werden. Insgesamt sollen rund 5.000 Studierende den Campus Berlin TXL besiedeln. In die großen Hangars wird die Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienst-Akademie (BFRA) einziehen, denn auch Brand- und Katastrophenschutz gehören zu den großen Themen in den Städten der Zukunft. Die Terminals B und D sind als Gründer- und Technologiezentren für Start-ups und Kongressflächen vorgesehen. Der zentrale Teil der ehemaligen Start- und Landebahnen wird als Fläche für die industrielle Produktion und als Experimentierfeld für die Erprobung innovativer Technologien zur Verfügung stehen. Den Angaben der eigens gegründeten Tegel Projekt GmbH zufolge können sich insgesamt bis zu 1.000 Unternehmen ansiedeln. Dies soll rund 20.000 Arbeitsplätze allein für den Forschungs- und Industriepark schaffen. Laut einer Studie der empirica AG könnte dadurch eine Bruttowertschöpfung von jährlich knapp 1,3 Mrd. Euro erwirtschaftet werden (www.berlintxl.de/presse/detail/berlin-txl-the-urban-tech-republic.html). Auch internationale Großunternehmen haben bereits Interesse an einer möglichen Ansiedlung in Berlin TXL bekundet. Dies würde nicht nur der in Berlin ansässigen Start-up-Szene weiter Aufwind geben, sondern hätte auch positive Effekte über Berlin hinaus auf das Land Brandenburg. Die Fläche des Flughafens Tegel bietet des Weiteren Raum für ein neues Wohnquartier, das Schumacher Quartier. Hier entstehen mehr als 5.000 Wohnungen. In den angrenzenden Quartieren Cité Pasteur und TXL Nord sollen weitere 4.000 Wohnungen entstehen. Geplant ist das Schumacher Quartier als „Urban Lab“, also als Experimentierraum für neue urbane Technologien: klimaangepasst, wassersensibel und verantwortlich im Umgang mit Rohstoffen, Energie und Abfall. Durch dieses ambitionierte und zukunftsweisende Gesamtprojekt kann Deutschland seine Position als Technologiestandort im internationalen Vergleich weiter ausbauen und durch die Erprobung und den Einsatz neuester Technologien wesentlich zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele sowie der UN-Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Nach derzeitigem Stand wird die Tegel Projekt GmbH nach der Übernahme des Geländes, welche für das Frühjahr 2021 geplant ist, unmittelbar mit den Baumaßnahmen auf dem Areal beginnen. Die Bebauungspläne für Teile der Urban Tech Republic und für das Schumacher Quartier sind im November 2018 bereits in die öffentliche Auslegung gegangen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich als Miteigentümerin für die zügige Planung und Realisierung des zukünftigen Forschungs- und Industrieparks am Standort Berlin TXL einzusetzen;
2. sich für eine leistungsfähige Standorterschließung durch den ÖPNV und Radschnellwege auszusprechen und dies durch die Sicherstellung der Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes sowie die Bereitstellung ausreichender Mittel für den Ausbau von Radschnellwegen zu unterlegen;
3. dort, wo sie, vertreten durch die BImA, Eigentümerin der Flächen ist und neue Wohnquartiere entstehen oder umgebaut werden sollen (Schumann Quartier, Cité Pasteur), für die Schaffung eines Mindestanteils von mietpreisgebundenem und sozialem Wohnraum von mindestens 50 Prozent zu sorgen und diese Quartiere im Sinne der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt zu entwickeln; Ziel muss dabei eine ausgewogene und kleinteilige Nutzungsmischung sein;

4. sich für den Abbau der Subventionierung und eine umfassende Besteuerung des Luftverkehrs in Deutschland und Europa einzusetzen sowie für eine vollständige Internalisierung der durch den Luftverkehr verursachten externen Kosten;
5. ein Luftverkehrskonzept für Deutschland vorzulegen, das auch Klimabelange, die Belange der Menschen in den Flughafenregionen und Umweltbelange zeitgemäß und angemessen berücksichtigt.

Berlin, den 5. November 2019

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

